



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 4.11.2021
C(2021) 7710 final

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 4.11.2021

über die Finanzierung der Einzelmaßnahme für die internationale Klimagovernance

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 4.11.2021

über die Finanzierung der Einzelmaßnahme für die internationale Klimagovernance

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012¹, insbesondere auf Artikel 110,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2021/947 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2021 zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit — Europa in der Welt, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses Nr. 466/2014/EU und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2017/1601 und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates², insbesondere auf Artikel 23 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Damit die Durchführung der Einzelmaßnahme für die internationale Klimagovernance gewährleistet werden kann, ist die Annahme eines jährlichen Finanzierungsbeschlusses erforderlich, der das Arbeitsprogramm für das Jahr 2021 darstellt. In Artikel 110 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 sind ausführliche Vorschriften für Finanzierungsbeschlüsse festgelegt.
- (2) Bei der geplanten Maßnahme sind die Bedingungen und Verfahren einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 AEUV erlassenen restriktiven Maßnahmen³ festgelegt sind.
- (3) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme trägt zur systematischen Einbeziehung von Klimaschutzberätungen im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal und der Interinstitutionellen Vereinbarung bei. Die Tätigkeiten werden zur externen Dimension des europäischen Grünen Deals beitragen und darauf abzielen, einen erfolgreichen Abschluss des COP26-Gipfels 2021 in Glasgow (Vereinigtes Königreich) und der Vorbereitungen für COP 27-Konferenz im Jahr 2022 zu gewährleisten.
- (4) Ziel dieser im Rahmen der Verordnung (EU) 2021/947 zu finanzierenden Maßnahme ist es, die Beteiligung von Entwicklungsländern, die am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind, am globalen Klimagovernance-

¹ ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1.

² ABl. L 209 vom 14.6.2021, S. 1.

³ Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Die Sanktionen beruhen auf den im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakten. Bei Abweichungen ist das Amtsblatt maßgebend.

System zu unterstützen. Das übergeordnete Ziel dieser Maßnahme besteht darin, dass die COP 26 und die damit verbundenen Veranstaltungen zu Übereinkünften führen, die ehrgeizig sind und an denen sich alle Länder – insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder und die kleinen Inselentwicklungsländer – beteiligen und die von allen Ländern unterstützt werden. Das spezifische Ziel dieser Maßnahme besteht darin, dass Entwicklungsländer zu erfolgreichen COP26- und UNFCCC-Prozessen beitragen.

- (5) Das Programmplanungsdokument für diese Maßnahme wird voraussichtlich im Herbst 2021 angenommen. Die vorliegende Maßnahme muss jedoch dringend angenommen werden, damit die Mittel, die die EU benötigt, um ihrer internationalen Verpflichtung nachzukommen, die Beteiligung von Entwicklungsländern an künftigen Veranstaltungen wie der im November 2021 stattfindenden 26. Konferenz der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC COP 26) zu unterstützen, rechtzeitig gebunden und verwendet werden können. Damit die erforderlichen Vorkehrungen rechtzeitig getroffen werden können, ist es erforderlich, einen Finanzierungsbeschluss anzunehmen. Gleichzeitig stehen derzeit keine anderen Finanzierungsmöglichkeiten für diese Maßnahme zur Verfügung. Daher ist es im vorliegenden Fall gerechtfertigt, nach Artikel 23 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2021/947 eine Einzelmaßnahme zu erlassen, die nicht auf einem Programmplanungsdokument beruht.
- (6) Nach Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/947 vom 9. Juni 2021 ist die Maßnahme im Wege der indirekten Mittelverwaltung durchzuführen.
- (7) In Bezug auf Stellen und Personen, die mit der indirekten Verwaltung von Unionsmitteln betraut sind, hat die Kommission sicherzustellen, dass die finanziellen Interessen der Union in dem in Artikel 154 Absatz 3 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 vorgesehenen Maße geschützt werden.
- (8) Zu diesem Zweck sind die Systeme und Verfahren dieser Stellen und Personen nach Artikel 154 Absatz 4 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 zu bewerten und erforderlichenfalls nach Artikel 154 Absatz 5 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 geeigneten Aufsichtsmaßnahmen zu unterziehen, bevor eine Beitragsvereinbarung unterzeichnet werden kann.
- (9) Es ist notwendig, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 116 Absatz 5 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 vorzusehen.
- (10) Im Interesse einer flexiblen Durchführung der Maßnahme sollten Änderungen zugelassen werden, die für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 nicht als substantiell anzusehen sind.
- (11) Die im vorliegenden Beschluss vorgesehene Maßnahme steht im Einklang mit der Stellungnahme des nach Artikel 45 der Verordnung (EU) 2021/947 eingesetzten Ausschusses für das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit —

BESCHLIEßT:

Artikel 1 *Die Maßnahme*

Der jährliche Finanzierungsbeschluss, der die Jahresmaßnahme für die Durchführung der im Anhang beschriebenen Einzelmaßnahme für die internationale Klimagovernance darstellt, wird angenommen.

Artikel 2
Beitrag der Union

Der Höchstbeitrag der Union für die Durchführung der Maßnahme für das Jahr 2021 beläuft sich auf 6 800 000 EUR und wird aus Mitteln finanziert, die unter der Haushaltslinie 14 02 02 41 des Gesamthaushaltsplans der Union eingestellt wurden.

Die in Absatz 1 genannten Haushaltsmittel können auch Verzugszinsen abdecken.

Artikel 3
Art des Haushaltsvollzugs und mit dem Vollzug betraute Stellen oder Personen

Die Maßnahmen, die nach Maßgabe des Anhangs in indirekter Mittelverwaltung umgesetzt werden, können Stellen oder Personen anvertraut werden, die im Anhang unter 4.3.1 genannt sind oder nach den dort festgelegten Kriterien ausgewählt wurden.

Artikel 4
Flexibilitätsklausel

Mittelaufstockungen oder Mittelkürzungen, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags nicht übersteigen, oder Änderungen der Mittelzuweisungen für einzelne Maßnahmen, die in der Summe 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen des Umsetzungszeitraums gelten nicht als substanziell für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046, wenn sie sich nicht wesentlich auf die Art und die Ziele der Maßnahmen auswirken.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann die in Absatz 1 genannten Änderungen vornehmen. Derartige Änderungen werden im Einklang mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit vorgenommen.

Brüssel, den 4.11.2021

Für die Kommission
Jutta URPILAINEN
Mitglied der Kommission